

UNIVERSITÄTSZEITUNG

26

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

LEIPZIG
30. 6. 1966
10. JG. 33603
15 PFENNIG

**Wir weisen
Bonner
Anmaßung
entschieden
zurück**

Zahlreiche Universitätsangehörige nahmen in den letzten Tagen eindeutig gegen die unerhörte Rechtsanmaßung des Bonner Staates gegenüber Bürgern der DDR Stellung, der Bundestag am 23. Juni mit den Wimmen der SPD Gesetzesform gab. Dies wurde dazu u. a. geschrieben:

Die westdeutsche Regierung will nur den Erlass von "Ausnahmebestimmungen" gestatten, daß unsere führenden Vertreter der SED zur Aussprache nach Bonn reisen können. Nach wie vor ist die völkerrechtswidrigen Gesetze in Kraft bleiben, nach denen Bürger der DDR in Westdeutschland gerichtlich behandelt werden, wenn sie in der DDR eine ausländische deutsche Politik vertreten haben. Und will alle Bürger der DDR der westdeutschen imperialistischen Justiz unterstehen.

Das soziale Verfahren ist in der Geschichte ohne Beispiel. Mit dieser juristischen Annexion bereitet der westdeutsche Imperialismus die militärische Annexion der DDR vor. Unverhüllt zeigt er seine Absichten Notstandsgesetze im Inneren, Aggression nach außen, so wie es in der westdeutschen Imperialismus in der Zukunft.

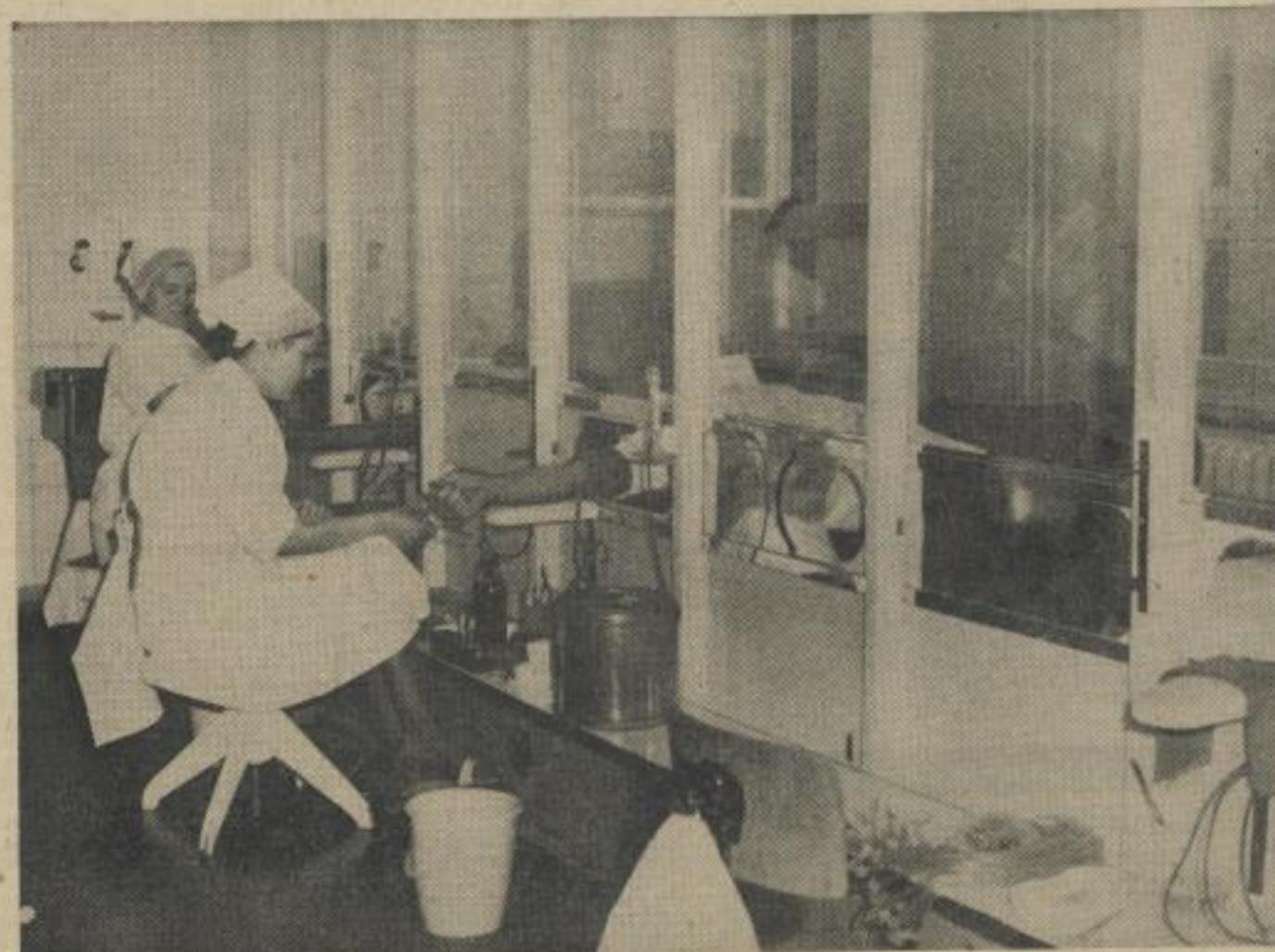
Wir protestieren schärfstens gegen diese unethische Anmaßung und gegen die schändliche Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten. Wir haben in der Deutschen Demokratischen Republik einen freien und demokratischen Staat geschaffen, wir haben uns ein Recht gegen das der westdeutschen Klassenjustiz zu setzen. Diese historische Epoche vor uns ist nicht auf die westdeutschen Gewissenswirken angewiesen, wir haben selbst viel

Aus dieser verbrecherischen Provokation, die sich den Charakter der Aggression zu verschaffen scheint, werden weitere Menschen in Westdeutschland als Unruhestifter in Europa und in der Welt erkennen.

Prof. Dr. Rigobert Günther,
Leiter der Fachrichtung Geschichte

Wir protestieren sehr entschieden gegen die Anmaßung des westdeutschen Parlaments, die in Westdeutschland bestehenden Interessen auf das Territorium unserer Republik und anderer sozialistischer Staaten und deren Bürger anwendet. Wir betrachten dies als einen ernst zu nehmenden Willkürakt, der die Entspannung in Europa und insbesondere gegen alle Bestrebungen um Normalisierung der Verhältnisse in Deutschland gerichtet ist.

Dr. R. Thum, komm. Direktor des Instituts für Landtechnik; Dr. G. Wehowsky, wiss. Mitarbeiter; Dr. L. Peipp, wiss. Ober-



Soldat für die neue Welt der Menschlichkeit

„Ich bin im Namen der Menschlichkeit nach Spanien gegangen, und jetzt komme ich zurück, um denen zu antworten, die im Namen der Unmenschlichkeit sprechen, ich bin Arzt, Chirurg. Es ist mein Beruf, den Menschen das Leben in seiner ganzen Fülle und Schönheit zu erhalten. Ich bin nicht Politiker. Aber ich bin nach Spanien gegangen, weil es die Politiker verraten haben...“

Der das vor fast dreißig Jahren sagte, war der erste Arzt, der unmittelbar auf dem Schlachtfeld-Bluttransfusionen vornahm: der Kanadier Dr. Norman Bethune auf den Kampfplätzen um Madrid, bei Guadalajara...

Der auf unserem Bild will vielleicht auch Arzt werden, auch er ist nicht Politiker dem Berufe nach. Doch er spendet mit seinem Blut im Namen der Menschlichkeit Leben, Leben für den tapferen Sohn des vietnamesischen Volkes, dem Bararen unserer Jahre schwer Wunden schlagen. Und dieser Student handelt damit menschlich in einem viel tieferen, umfassenderen Sinne als jeder Blutsender ohnehin. Denn er hilft nicht nur einem Menschen, er hilft einem, der den heutigen schwierigen Kampfschicksal gegen die Unmenschlichkeit verteidigt.

Es ist also mehr als die Verpflichtung des Arztes, jedem beizustehen, das ihn bewegt, solches zu tun; wie es mehr als der Schwur des Hippokrates war – „In jedem Haus, das ich betrete, will ich die Kranken helfen...“ –, das Dr. Bethune an die Seite des spanischen Volkes führte, in ein Haus, wo nicht Krankheiten, sondern Bomben, Lügen, Mörder den Tod brachten. Angesichts des Bombardements von Almeria schwor er, alle Schwachen und jede Spur von Selbstgefälligkeit zu überwinden, sich in einen Soldaten für eine neue Welt zu verwandeln.

Als er diesen Schwur tat, wußte Bethune nicht, daß das Grauen von Spanien nur Vorspiel zur größten Tragödie der Menschheit war.

Wir wissen mehr! Wir sehen, daß es dieselbe Drudenbrut ist, die noch grausamer als vor dreißig Jahren das Ende ihrer Art um jeden – jeden! – Preis nutzlosen bestrebt ist. Wir wissen mehr! Auch daß heuer die Menschlichkeit weit stärkere Bataillone hat als damals. Daß die neue Welt, für die Bethune kämpfte, auf einem Drittel unserer Erde ist, wächst und sich zu verteidigen versteht.

Macht das uns die Notwendigkeit geringer, für sie Soldat zu sein, wo auch immer unser Platz ist oder sein soll – am Krankenbett, in der Redaktion, im Klassenzimmer?

Hinter steht die Erkenntnis, daß

Seinen Sinn erhält dieses Wissen, unter Erkenntnis der Zusammenhänge der gesellschaftlichen Existenz, das einst nur den besten Sohnen der Menschheit zugängig war, das bei uns jeder Ausbildung zugrunde liegt, nur dann, wenn es hilft: jedem einzelnen schneller, präziser, eindringlicher seinen Kampfauftrag zu bestimmen.

Wenn es hilft, ihm auch dann zu erfüllen, wenn die Flotte des Feindes nicht wie vor Madrid oder Hanau bloß Augen erkennbar und unmöglich ist. Bethune ging noch Kanada zurück mit dem Auftrag, die durch Worte getarnte Unmenschlichkeit seiner Regierung anzugreifen, der als Neutralität deklarierten Unterstützung für Franco allein durch die Duldung der Waffen einfuhr. Hitlerdeutschlands den Kampf anzusagen. Er tat das, weil er begriff, daß die – auch kanadischen – „Politiker“, die Spanien verloren“ ließen, nur ein anderer Kopf der gleichen Hydra waren, deren Glieder in Spanien seine Tentakel entgegengesetzt hatten.

Medizinstudenten des dritten Studienjahrs stellten in Resolutionen sich nebeneinander die Verpflichtung, in den Formulaturen die nationale Politik unserer Partei zu erläutern, für sie einzutreten (was der Erwerb der nötigen Kenntnisse einschließt), und die, den Freiheitskampf des vietnamesischen Volkes durch Blutspenden zu unterstützen.

R. Möbius

(Rolf Möbius)

Gegenbesuch einer Delegation der Karl-Marx- Universität in Heidelberg

Im Einvernehmen mit der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg feilt der Rektor der Karl-Marx-Universität Leipzig mit:

Als Gegenbesuch zu dem Besuch einer Heidelberger Universitätsdelegation in Leipzig im Frühjahr 1966 fand zwischen der Karl-Marx-Uni-

versität Leipzig und der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg in der Zeit vom 20. bis 23. 6. 1966 in Heidelberg die Begegnung auf akademischer Ebene statt. Der Leipziger Delegation unter Leitung von Magdalenen Prof. Dr. Müller gehörten acht Professoren verschiedener Fakultäten an.

Bei der Begegnung fanden öffentliche Fachvorträge mit anschließender Diskussion und Aussprachen über aktuelle völkerrechtliche und hochschulpolitische Fragen statt.

Im Rahmen der öffentlichen Fachvorträge sprachen:

Prof. Dr. Müller „Über Fragen des Haushaltshaushalts der Kulturboden“

Prof. Dr. Orzechowski „Die Grundprinzipien des Kampfes gegen die Kriminalität und die Rolle des Strafrechts in der DDR“

Prof. Dr. Arzinger „Zur Geschichte des Selbstbestimmungsrechts“

Prof. Dr. Kosling „Die Wissenschaftstheorie in marxistischer Sicht“

Prof. Dr. Dr. Bethmann „Klinische

Erfahrungen bei der Bildung und Überpflanzung gestielter Lappen“

Prof. Dr. Kunz „Über die Mitochondrien-Funktion und ihre Steuerung“

Prof. Dr. Moritz „Religionssoziologie als theologische Disziplin“

Als Grundlage der Aussprache über Hochschulpolitische Fragen in der Senatskommission für Hochschulreform dienten Referate von Magdalenen Prof. Dr. Müller, Leipzig, über „Neue Aspekte in der Entwicklung des sozialistischen Hochschulwesens in der DDR“ und Prof. Dr. Gallus, Heidelberg, über „Probleme der Hochschulreform in der Bundesrepublik“.

Die Aussprache über aktuelle völkerrechtliche Fragen erfolgte in einer Sonderveranstaltung vor Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeitern der Juristischen Fakultät im Anschluß an ein Referat von Prof. Dr. Poeggel, Leipzig, über „Die völkerrechtliche Lage Deutschlands und beider deutscher Staaten“.